

Zudem ist die Breitensportpolitik weiterentwickelt worden. Wir haben vor allem für die Dienste mit getrennter Geschäftsführung diesbezüglich Anpassungen in Rechtstexten vorgenommen. Außerdem stehen wir kurz vor dem Abschluss eines Übereinkommens mit Flandern. Dabei handelt es sich um ein wichtiges Projekt für den Denkmalschutz, bei dem wir uns vorgenommen haben, die in Flandern bereits bestehende Denkmalwacht, die Monumentenwacht auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzubieten. Auslöser dieser Initiative, die auf Wunsch der Besitzer von denkmalsgeschützten Objekten ergriffen wurde, war eine Konferenz, die vor ungefähr anderthalb Jahren in diesem Zusammenhang hier stattgefunden hat. Ziel der Einführung der Denkmalwacht ist, später größere Investitionen zu vermeiden, indem man frühzeitig die angemessenen Instandhaltungsmaßnahmen ergreift. Wir hoffen, dass wir diese Beratungsdienstleistung den Bürgerinnen und Bürgern noch in diesem Jahr zur Verfügung stellen können.

Darüber hinaus arbeiten wir permanent an der Umsetzung des laufenden Arbeitsprogramms und des REK mit seinen 16 Zukunftsprojekten. In der kommenden Sitzungsperiode, ab September 2011, werden wir uns in diesem Hause bei den diesbezüglichen Diskussionen mit dem einen oder anderen Projekt intensiver auseinandersetzen können. Ich hoffe, dass diese Diskussionen sachlich geführt werden und von Halbwahrheiten verschont bleiben, wie es sie heute an diesem Pult zum Teil gegeben hat.

Wichtig ist es, die mittel- und langfristigen Perspektiven aufzuzeigen. Das hat die Regierung getan und das tut sie auch heute noch, und das nicht nur mit dem Haushalt 2011, sondern auch mit den Haushalten der kommenden Jahre. Dass sie dabei Transparenz walten lässt, kann sicherlich keiner bestreiten. Auch lässt sich nachvollziehen, dass die Projekte und das Regierungsprogramm, das wir uns vorgenommen haben, in dieser Form umgesetzt werden können. Darum geht es ja schließlich, wenn man über den Haushalt und die Haushaltspolitik einer Institution, in diesem Fall der Deutschsprachigen Gemeinschaft, debattiert.

In diesem Sinne hoffe ich, dass das Parlament dieser ersten Haushaltsanpassung zustimmen wird. Dankeschön!

*(Applaus bei der PFF, der SP und ProDG)*

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Diese erste Haushaltsanpassung ist auch für die Bereiche Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung eher unspektakulär. Die einzige größere Veränderung ist in der Tat – Kollege A. Velz erwähnte es bereits – rein buchhalterischer Natur. Wir haben die Ausgaben für das PPP-Verfahren in die Haushaltsjahre eingetragen, in denen sie auch tatsächlich anfallen, was eigentlich ein normaler Vorgang ist. Am eigentlichen Verfahren, an den Kosten des Schulbauprogramms und auch an den Zahlungsströmen ändert sich dadurch natürlich nichts.

Kollege Arimont, dieses PPP-Projekt ist seit Ihrer Zustimmung vor einem Jahr nicht teurer geworden. Die Projektkosten liegen immer noch bei den damals bereits erwähnten 150 Millionen Euro. Seit der Vertrauensabstimmung hat lediglich die damals bereits angekündigte Zinsentwicklung stattgefunden. Letztere erklärt alleine jedoch nicht den Unterschied zwischen den von Ihnen erwähnten 387 Millionen Euro und den ursprünglich vorgesehenen 293 Millionen Euro. Der Unterschied liegt vor allem darin, dass in den 387 Millionen Euro zum Beispiel die Kosten für den Betrieb, den Unterhalt und die Energie dieser Gebäude enthalten sind. Diese Elemente waren natürlich nicht in den 293 Millionen Euro enthalten. Darauf haben wir damals ausdrücklich hingewiesen.

Wenn ich mir bei Haushaltsdebatten die Kommentare der CSP-Fraktion zum PPP-Projekt anhöre, habe ich manchmal den Eindruck, dass sie sich vielleicht nicht so richtig entscheiden kann, ob sie nun für oder gegen dieses Verfahren ist. Für mich ist relevant, dass sie damals zugestimmt hat. Für mich selbst gehe ich also bis auf Weiteres davon aus, dass sie für das PPP-Projekt ist.

Kollege Servaty hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sehr viele Menschen von diesem Schulbauprogramm betroffen sind. Alleine für das PPP-Verfahren sind es zurzeit 4.400 Auszubildende und 500 Beschäftigte. Sie können sich vorstellen, dass in 25 Jahren noch sehr viel mehr Menschen hinzukommen werden, die in diesen Schulen ausgebildet werden und von diesem PPP-Verfahren profitieren können.

Ich bleibe dabei: Guter Unterricht benötigt gute Infrastrukturen. Deshalb ist die Entscheidung richtig, bis zum Jahre 2012 sage und schreibe 170 Millionen Euro alleine in den Schulbau des Gemeindeschulwesens, des freien Schulwesens und des Gemeinschaftsschulwesens zu investieren. Es ist auch korrekt, diese Arbeiten nicht zeitlich zu staffeln, sondern jetzt zu handeln. Wir können nicht länger warten. Eine zeitliche Staffelung wäre nicht nur sehr teuer, sie wäre auch pädagogisch kontraproduktiv und in der Praxis sogar unmöglich zu verwirklichen gewesen. Sie wäre deshalb teuer, weil – davon haben sich alle Ausschussmitglieder überzeugen können – einige dieser Schulen nahezu auseinanderfallen – es handelt sich um alte RTG-Gebäude – und wir, wenn wir jetzt nicht handeln würden, natürlich Millionen Euro in die notdürftige Instandsetzung einer baufälligen Infrastruktur investieren müssten, die wir dann im Nachhinein wieder hätten abreißen müssen. Eine zeitliche Staffelung der Arbeiten wäre auch deshalb teuer gewesen, weil wir, wenn wir jetzt nicht handeln würden, in diesen alten Plattenbauten eine gigantische Energieverschwendung fortsetzen müssten, die wir uns eigentlich weder umwelt- noch finanzpolitisch leisten sollten. Allein im Königlichen Athenäum Eupen haben wir im letzten Jahr 180.000 Liter Heizöl im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert.

Eine zeitliche Staffelung der Arbeiten wäre zudem pädagogisch kontraproduktiv gewesen, denn wenn wir eine gemeinsame Ausbildung möglichst aller Kinder bis zum 15., 16. Lebensjahr möchten, dann müssen wir beispielsweise am Lascheter Weg Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule gemeinsam bauen. Wenn wir die Durchlässigkeit zwischen Bildungssystemen verbessern wollen, dann müssen wir das Robert-Schuman-Institut und das ZAWM an der Vervierser Straße gemeinsam planen. Wenn wir eine inklusive Gesellschaft wollen, dann müssen wir das Zentrum für Förderpädagogik an der Monschauer Straße gemeinsam mit Regelschulen planen. Wenn wir die Mehrsprachigkeit fördern wollen, haben wir großes Interesse daran – wie das jetzt an der Monschauer Straße geplant ist – französisch- und deutschsprachige Schulen zusammenzulegen. Wenn wir eine praxisnahe Lehrerausbildung möchten, dann ist es nur richtig, dass wir die Autonome Hochschule gemeinsam mit Regelgrundschulen planen. Das

PPP-Verfahren dient also auch und nicht zuletzt der Umsetzung bildungspolitischer Ziele.

Davon abgesehen wäre eine zeitliche Staffelung schon alleine deshalb nicht realisierbar gewesen, weil die Arbeiten an den verschiedenen Gebäuden aufeinander angewiesen sind. An der Monschauer Straße können wir beispielsweise nicht zuerst die städtischen Schulen, dann das Zentrum für Förderpädagogik und irgendwann, sehr viel später, die Autonome Hochschule planen, weil die städtischen Grundschulen auf den heutigen Standort der Autonomen Hochschule angewiesen sind, der nicht frei werden wird, wenn wir nicht gleichzeitig eine neue Perspektive für die Autonome Hochschule eröffnen.

Das PPP-Verfahren ist in doppelter Hinsicht nachhaltig: Zum einen ist es in umweltpolitischer Hinsicht nachhaltig, weil 49 % von fast 64.000 Quadratmetern Bruttogeschosfläche im Passivhausstandard errichtet werden. Der Rest wird anspruchsvollsten Standards der Niedrigenergie genügen. Zum anderen ist das PPP-Verfahren in finanzpolitischer Hinsicht nachhaltig, weil wir heute einen tatsächlich großen Kraftakt schultern, weil wir jetzt und in den nächsten 25 Jahren für den Unterhalt dieser Gebäude aufkommen und damit dazu beitragen werden, dass kommende Generationen in 25 Jahren einen derart großen Kraftakt nicht mehr bezahlen müssen.

Ich bleibe bei meinem Standpunkt, dass man die Wertschätzung, die eine Gesellschaft dem Bildungswesen entgegenbringt, auch am Zustand ihrer Schulgebäude erkennt.

Werte Kolleginnen und Kollegen, neben dieser rein buchhalterischen Anpassung für das PPP-Projekt werden mit dieser ersten Haushaltsanpassung in meinen Zuständigkeitsbereichen eigentlich nur vier Veränderungen vorgenommen, die jedoch interessant sind.

Erste Veränderung: Die Mittel für die Ausstattung unserer technischen Schulen werden deutlich erhöht. Im Robert-Schuman-Institut und im Technischen Institut in St. Vith werden neue modernste technische Anlagen eingerichtet. Wir tun das, weil wir nicht zulassen möchten, dass unsere Schülerinnen und Schüler an Maschinen ausgebildet werden, die in der Privatwirtschaft schon seit Jahren ausgedient haben und zum Teil bereits verschrottet wurden. Wir alle wissen, dass das in der Vergangenheit in technischen Schulen schon vorgekommen ist. Das wollen wir verändern. In diesem Zusammenhang eröffnen meines Erachtens gerade das PPP-Verfahren und die Einrichtung neuer Werkstätten am Technischen Institut in St. Vith, insbesondere auch bei der Nutzung gemeinsamer Maschinenparks, völlig neue innovative Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen technischen Schulen und mittelständischen Ausbildungszentren.

Zweite Veränderung: Mit dieser Haushaltsanpassung wird eine deutliche Erhöhung der Ausstattungsmittel für allgemeinbildende Schulen vorgenommen. Mit den neuen Geldern investieren wir unter anderem in neue Schulmediotheken, wie zum Beispiel im César-Franck-Athenäum in Kelmis.

Dritte Veränderung: Die Autonome Hochschule erhält über diese Haushaltsanpassung zusätzliche Finanzmittel in Höhe von 182.000 Euro. Das ist eine beachtliche Erhöhung, mit der wir das Weiterbildungsangebot sowohl für Lehrpersonen als auch für Pflegekräfte ausbauen und verbessern möchten – Kollege Mollers hat bereits darauf hingewiesen. Zudem setzen wir mit dieser Erhöhung auch ein Kapitel unseres Förderdekrets um, mit dem wir bekanntlich dazu beitragen wollen, dass Lernschwächen und -stärken im Grundschulwesen früher erkannt werden können und eine individualisierte Förderung in Kindergärten und Primarschulen möglich wird. Dazu werde ich dem Parlament bereits im September 2011 einen neuen Dekretvorschlag unterbreiten können.

Vierte Veränderung: Die Mittel für die Schülerbeförderung – die übrigens keiner erwähnt hat – werden um 208.000 Euro erhöht, damit wir zusätzliche Schleifen der TEC finanzieren können, die vor allem vielen Schülerinnen und Schülern in der Eifel zugutekommen.

Neben diesen vier Veränderungen ändert sich in meinen Zuständigkeitsbereichen sehr wenig, und ich behaupte, dass das gut so ist, denn es bedeutet, dass wir an der finanzpolitischen Schwerpunktsetzung des Ursprungshaushalts festhalten können. Demzufolge gehören Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung auch weiterhin zu den absoluten finanzpolitischen Prioritäten. Wir können feststellen, dass die Haushaltsmittel für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung nicht unter den Folgen der großen Finanz- und Wirtschaftskrise gelitten haben. Im Gegenteil, im Jahr 2011 sind wir sogar in der Lage, in diesen Bereichen etwa 1,6 Millionen Euro mehr auszugeben als im Jahr 2010.

Wir sind also auch in der Lage, das umzusetzen, was wir uns im laufenden Arbeitsprogramm vorgenommen hatten. Das wird manchmal vergessen. Kollegin Weykmans hat bereits darauf hingewiesen. Neben dem Regionalen Entwicklungskonzept gibt es auch unser laufendes Arbeitsprogramm, das alleine für das Unterrichtswesen 20 Projekte und 120 Arbeitsschritte enthält.

Kollege Arimont, wenn Sie sich diese 120 Arbeitsschritte einmal anschauen, dann werden Sie feststellen, dass sich durch das gesamte laufende Arbeitsprogramm und auch durch das Regionale Entwicklungskonzept ein klar erkennbarer roter Faden zieht ...

HERR ARIMONT (*aus dem Saal*): Ein roter?

HERR PAASCH, Minister: ... der darin besteht, die Eigenverantwortung von Schulen zu stärken.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Es gibt keinen schwarzen Faden!

HERR PAASCH, Minister: Sie sehen, dass wir das Prinzip der Subsidiarität, von dem Sie eben so viel gesprochen haben, mehr als ernst nehmen. Seit meinem Amtsantritt plädiere ich dafür, die Eigenverantwortung von Schulen zu stärken und den Schulverantwortlichen vor Ort mehr und nicht weniger Vertrauen entgegenzubringen. Seit 2004 lassen wir diesen Worten konkrete Taten folgen.

Kollege Arimont, Sie müssen schon den Beweis antreten, dass irgendjemand in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegängelt wird oder dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft in irgendeine Einrichtung zu sehr einmischt. Für meine Zuständigkeiten kann ich Ihnen sehr einfach belegen, dass wir die Eigenverantwortung von Einrichtungen nicht schwächen, sondern deutlich stärken.

Wir sind also auch nach dieser Haushaltsanpassung in der Lage, unser Arbeitsprogramm umzusetzen. Zudem werden – wie Sie vielleicht mitbekommen haben – zusätzliche Lehrlingssekretäre und pädagogische Referenten eingestellt, Frühlingsschulen ausgebaut, in zwei weiteren Sekundarschulen Middle-Management-Strukturen geschaffen, im Sekundarschulwesen neue Stellen eingerichtet, im Arbeitsamt ein Jobcoach finanziert, der sich den schwer vermittelbaren Arbeitslosen widmet, und nicht zuletzt haben wir – das ist in der Öffentlichkeit noch gar nicht so bekannt – alle beantragten und positiv begutachteten Arbeitsbeschäftigungsmaßnahmen um weitere fünf Jahre verlängert. Wir haben in der letzten Regierungssitzung 240 BVA-Stellen um fünf Jahre, bis zum 31. Dezember 2016, verlängert. Wir haben das sogar sechs Monate vor dem Auslaufen der eigentlichen Verträge getan, um den Beschäftigten und den Arbeit gebenden Organisationen noch vor der Sommerpause ein Maximum an Planungssicherheit zu geben. Gleichzeitig haben wir uns vorgenommen, im Rahmen des BVA-Erlasses zusätzliche Anreize für die Beschäftigung der älteren Arbeitsuchenden zu entwickeln. Ich kann jetzt schon ankündigen, dass gerade die Frauenliga von dieser Maßnahme profitieren wird.

Kolleginnen und Kollegen, es bleibt also dabei: Auch nach dieser Haushaltsanpassung steht fest, dass in Belgien keine Gemeinschaft im Verhältnis zur Schülerzahl so viel in Bildung investiert wie die unsrige. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!  
*(Applaus bei ProDG, der SP und der PFF)*

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Minister, Sie haben die maximale Richtredezeit ganz knapp überschritten.

HERR PAASCH, Minister: Kollegin Weykmans hat sie mir transferiert!

HERR SCHRÖDER, Präsident: Herr Ministerpräsident Lambertz hat das Wort.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Muss ich meiner Vorstellung des Haushalts vom 11. April 2011 nach der heutigen Debatte Grundlegendes hinzufügen? Nehmen Sie es mir nicht übel, aber mir fällt wirklich nichts Gescheites ein.

Am 11. April 2011 habe ich dargelegt, woraus dieser Haushalt besteht. Ich habe auch versucht, das laufende Arbeitsprogramm in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, und den Umsetzungsplan für das REK dargelegt. Kurz danach, Anfang Juni 2011, haben wir ebenfalls die mittelfristige Finanzplanung erörtert. Das scheint allen genügt zu haben, denn wir haben heute zu diesem Haushalt keine konkrete Kritik gehört. Die Aussagen waren eher philosophischer Art. Es wurden ähnlich wie bei der Ver-Karthäuserisierung der Debatte über den Zustand der ostbelgischen Gesellschaft vermeintliche Gefahren als Gespenst an die Wand gemalt. Die Freiheit sei bedroht, behauptet Kollege Arimont. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie das wirklich ernst meinen, aber es passt